

Ungerechte Gummistiefel-Politik

Die Welt

Freitag 24. Mai 2024

Copyright 2024 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; KOMMENTAR; S. 10; Ausg. 99

Length: 804 words

Byline: Michael Fabricius

Body

DIE WELT

Das Hochwasser im Saarland läuft ab, und das Ausmaß der Schäden wird immer deutlicher. Zerstörte Häuser, weggespültes Hab und Gut, mit Matsch vollgelaufene Keller – etliche Haushalte dürften in finanzielle Existenznöte geraten. Zurecht sollten die verzweifelte Menschen auf die Hilfe einer solidarischen Gesellschaft hoffen dürfen. Doch ob diese Hilfe tatsächlich kommt, wie hoch sie ausfällt und wo nach einer Flutkatastrophe etwas repariert oder wieder aufgebaut wird – das ist meistens keine Frage des Versicherungsschutzes oder der städtebaulichen Risikoabwägung. Stattdessen hängt vieles schlicht vom Ausmaß der Katastrophe ab, von der aktuellen politischen Stimmung und vom Wohlwollen des Staates. Und das ist das falsche Grundprinzip.

So zynisch es klingen mag: Die Flutkatastrophe vom Sommer 2021 im Ahrtal mit 134 Todesopfern, das Hochwasser mit tausenden vollgelaufenen Kellern in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen im vergangenen Winter und die jetzt von Starkregen verursachten Überschwemmungen im Saarland waren jeweils groß genug, um in den Aktionsbereich der Politik zu geraten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat dabei noch dazugelernt. Bei seiner Hochwasser-Visite im Januar in Verden (Aller) war er noch mit Wanderschuhen aufgelaufen und hatte Kritik geerntet. Im Saarland trug er nun Gummistiefel und stapfte durchs überschwemmte Kleinblittersdorf, zusätzlich ausgestattet mit unverbindlichen Sprachphrasen, für die er bekannt ist

Dass sich Politiker in einer Katastrophensituation mit Betroffenen vor Ort treffen, ist ein gutes Zeichen für gemeinschaftliches Denken und kann zur Mobilisierung von Hilfe beitragen. Kritikwürdig aber ist der seit Corona-Pandemie, Energiekostenexplosion und eben auch Ahrtal-Katastrophe verbreitete staatliche Bailout-Automatismus: Ist der Schaden groß genug, übernimmt halt der Steuerzahler alle Kosten. Aber jedes Jahr entstehen Schäden in Milliardenhöhe durch Überschwemmungen, Stürme und Starkregen. Der Klimawandel lässt in manchen Regionen insbesondere die Wahrscheinlichkeit von Starkregenereignissen anwachsen, das ist inzwischen unbestritten.

Doch wie man mit den Schäden umgeht und wer dafür aufkommt, ist weitaus weniger klar. In Baden-Württemberg gab es vor Jahren noch eine Pflichtversicherung gegen Naturgefahren beziehungsweise Elementarschäden, die nicht von der obligatorischen Gebäudeversicherung gedeckt waren. Hochwasserschäden gehören dazu. Nahezu jeder Haushalt in dem

..Ökonomisches Risiko

..Höher der Schäden ne

..Stereotypen

..Ökonomisches Risiko

..Risiko für die körperlic

..Kombination aus vers

..Visualisierung

..Fehlerhafte Bundespolitik

..Ökonomisches Ri

..Prognose zunehr

..Hohe Schäden

.. Klimawandel verstärkt Hochwasserri

..Fehlerhafte Bundespolitik

15

Bundesland war also versichert, und nach dem Solidarprinzip zahlte die überwiegende Mehrheit der Hausbesitzer in weniger gefährdeten Regionen ihre Prämien auch dafür, dass der Beitrag für jene am Flusssufer bezahlbar und für die Versicherer finanzierbar war.

Seit der Liberalisierung des Marktes fallen zunehmend jene Einwohner in Baden-Württemberg aus dem Versicherungsschutz, die zu nah am Wasser wohnen. Das Gleiche gilt für alle anderen Bundesländer: Wer in einem Gefahrengebiet der Stufe vier lebt, muss entweder horrend hohe Prämien zahlen oder bekommt erst gar kein Angebot von der Assekuranz.

..Rechtliche Maßnahmen

16

Auch wenn die Versicherungswirtschaft das Gegenteil behauptet: Eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden, so wie sie der Bundesrat Anfang des Jahres und Ministerpräsidentin Rehlinger jetzt erneut gefordert hat, ist zu begrüßen. Sie ist darstellbar, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Politik mitspielt. Man könnte in riskanten Gefahrengebieten beispielsweise eine relativ hohe Selbstbeteiligung fordern. Einen kleinen fünfstelligen Betrag im Schadensfall selbst zu übernehmen ist immer noch besser als der finanzielle Super-GAU. Bund und Länder könnten als Deckungsgrundlage einen Fonds bereitstellen.

..Kredite aus dem Bundeshaushalt

..allgemeines Versagen

17

Das zweite Problem, das erst zur Hälfte gelöst ist, sind die Baubestimmungen. Zu viele Häuser stehen in Überschwemmungsgebieten. Und nach einer Katastrophe werden sie sogar genau dort wieder aufgebaut, so geschehen im Ahrtal. Bund und Länder stellten 2021 einen mit 30 Milliarden Euro ausgestatteten Ahrtal-Fonds bereit. Geld gab es jedoch nur für Immobilien, die an gleicher Stelle und in gleicher Qualität wiedererrichtet wurden.

..Gute Zusammenarbeit Bund und Länder

..Zutreffende Prognosen

18

Immerhin hat Bauministerin Klara Geywitz (SPD) in einer Novelle des Baugesetzbuchs dafür gesorgt, dass nach einer Katastrophe neue Ausweich-Bauplätze an anderer Stelle entstehen können, ohne dass alle normalerweise vorgeschriebenen Ausgleichsflächen für neues Bauland beschafft werden müssen. In Überschwemmungsgebieten kann die aufgegebene Parzelle am Flusssufer angerechnet werden.

..Fehlerhafte Kommunalpolitik

..Rechtliche Maßnahmen

..Prognose zunehmende Hochwassergefahren

19

Doch an ein ernsthaftes Bauverbot in Gebieten mit Gefahrenstufe vier trauen sich viele Gemeinden nicht heran. Dabei sollten Städte und Landkreise konsequenter dafür sorgen, dass gefährliche Gewässer mehr Platz bekommen, Sickerflächen und Überschwemmungsland. Denn Ereignisse wie im Saarland werden häufiger vorkommen.

20

forum@welt.de

21

Original Gesamtseiten-PDF

22

Classification

23

DIE  WELT

24

Language: GERMAN; DEUTSCH

25

Publication-Type: Zeitung

26

Journal Code: DWBE-HP

27

Subject: ÜBERSCHWEMMUNGEN (92%); EXTREME WITTERUNGSVERHÄLTNISSE (90%); NATURKATASTROPHEN (90%); KATASTROPHENHILFE (89%); STAATS- UND REGIERUNGSCHÄUPTER (89%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); DEUTSCHER

BUNDESRAT (78%); FLÜSSE (78%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); REGIERUNGSKABINETTS (78%); NEGATIVE NACHRICHTEN (75%); KLIMAWANDEL (73%); TOD & STERBEN (72%); BAILOUTS (70%); CORONAVIRUS COVID-19 (50%); EPIDEMIEN (50%); PANDEMIEN (50%)

28 **Industry:** VERSICHERUNG (89%); HAUS- UND GEBÄUDEHAFTPFLICHTVERSICHERUNG (78%); SACHVERSICHERUNG (78%); VERSICHERUNGSSCHUTZ (76%)

29 **Person:** OLAF SCHOLZ (71%)

30 **Geographic:** SAARLAND, DEUTSCHLAND (93%); NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (79%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (74%)

31 **Load-Date:** May 23, 2024

32 **DIE**  **WELT**

End of Document